

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite . . . 15 Goldpfennige
Familienanzeigen 8 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Geschäftsstand für beide Teile in Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Sprechstunde Nr. 9.

Verantwortliche Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele,
Druck und Verlag der
A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Vor der Bildung des Kabinetts Luther.

Der amtliche Bericht.

Berlin, 15. Jan. Die heutigen informativischen Besprechungen des Reichsministers Dr. Luther mit den Fraktionsvertretern haben zu einer grundsätzlichen Klarheit über die Art der zu bildenden Regierung gemäß dem bereits bekannt gegebenen Plan Dr. Luthers (Vertrauensmänner und Sachminister) und über die Personenfrage geführt. Dagegen sind die Erörterungen innerhalb der Fraktionen über die Form und Art in der Regierung, der die Zustimmung ausgesprochen werden soll, noch nicht in allen Fraktionen abgeschlossen. Von der Erledigung dieser Frage, die heute Donnerstag mittag zu erwarten ist, hängt die Bildung der beabsichtigten Mehrheitsregierung ab. Bei dieser Sachlage hat Reichsminister Dr. Luther dem Reichspräsidenten in später Abendstunde berichtet, daß seine informativische Aufgabe abgeschlossen sei und daß er bereit sei, die Bildung der Mehrheitsregierung zu übernehmen, sobald die erforderlichen Fraktionsbeschlüsse vorliegen. Der deutschdemokratischen Fraktion hat Dr. Luther nochmals die Beteiligung an der Regierung angeboten. Der Vorsitzende Abg. Dr. Koch hat dem Minister vorbehaltlich geantwortet, daß trotz ernstlicher Bedenken die Fraktion bereit sei, eine abwartende Stellung einzunehmen.

Vor der Einigung.

Berlin, 14. Jan. Die deutschnationale Reichstagsfraktion gab am Schluß ihrer Fraktionsitzung am Mittwoch abend folgenden Bericht aus: Die Einigung ist infolge der Haltung des Zentrums zur Frage des Vertrauensvotums noch nicht erfolgt. Wie die Tel.-Union hierzu erfährt, sind die Personalfragen soweit geklärt, daß sie als abgeschlossen gelten können, wenn eine Einigung in der erwähnten grundsätzlichen Frage erfolgt. Die deutschnationale Fraktion tritt am Donnerstag vormittag wieder zusammen, ebenso das Zentrum. Nach der Besprechung mit dem Reichswehrminister Gessler, die nur kurz war, empfing Dr. Luther noch den früheren Reichspostminister Stingl, der der Bayerischen Volkspartei nahesteht und wieder als Postminister in Aussicht genommen ist.

Die Bedenken des Zentrums.

Berlin, 14. Jan. Wie die Telegraphen-Union aus Zentrumskreisen erfährt, ist man dort der Ansicht, daß Dr. Luther von seinem ursprünglichen Plan eines überparteilichen Kabinetts zugunsten einer an die Fraktionen gebundenen Regierung abgewichen sei. Die Zentrumskräfte, die gestern noch keinen Beschluß gefaßt hat, hat unter diesen Umständen noch Bedenken gegen einige von Dr. Luther vorgeschlagene Kandidaturen, die nach ihrer Ansicht das Kabinett zu weit nach rechts orientieren würden. Während die Deutschnationalen für die neue Regierung ein Vertrauensvotum fordern, glaubt das Zentrum, eine so starke Bindung nicht eingehen zu können. Es ist der Ansicht, daß eine Billigungserklärung, wie auch in früheren Fällen, unter Umständen genügen würde. Die Zentrumskräfte tritt heute mittag 12 Uhr zur Erörterung dieser Fragen zusammen. Die übrigen Fraktionen tagen erst am Nachmittag, nur die Fraktion der sozialdemokratischen Partei ist um 11 Uhr zusammengetreten.

Der endgültige Beschluß.

Berlin, 14. Jan. Die Zentrumskräfte des Reichstages hat um 1/4 Uhr eine zweite Sitzung abgehalten, in der festgestellt wurde, daß das kommende Kabinett Luther als ein überparteiliches Kabinett anzusehen sei.

Der Standpunkt der Demokraten.

Berlin, 14. Jan. Wie die Tel.-Union aus demokratischen Kreisen hört, steht die demokratische Reichstagsfraktion

tion einem Kabinett Dr. Luther mit schweren Bedenken gegenüber, hat jedoch noch keine Beschlüsse über ihre tatsächliche Haltung gefaßt. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die Demokraten ein Mißtrauensvotum einbringen oder unterstützen werden, bevor das Kabinett praktische Arbeit geleistet hat. Auch über den möglichen Eintritt des Reichswehrministers in ein Kabinett Luther hat die demokratische Fraktion keinen Beschluß gefaßt. Da aber Dr. Gessler nicht Fraktionsmitglied ist, dürfte er keine Entscheidung kaum von der Fraktion abhängig machen.

Die wirtschaftliche Vereinigung bleibt neutral.

Berlin, 14. Jan. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung nahm heute in einer Sitzung zu der bevorstehenden Bildung eines Kabinetts Luther Stellung. Es wurde beschlossen, diesem Kabinett gegenüber wohlwollende Neutralität zu bewahren und es zu unterstützen, solange die Interessen des Mittelstandes durch die neue Regierung gewahrt werden. Eine Beteiligung der Wirtschaftlichen Vereinigung an der Regierung kommt nicht in Frage.

Am das Vertrauensvotum

für die Regierung Luther.

Berlin, 14. Jan. Die Verhandlungen um die Bezeugung der einzelnen Ministerposten scheinen beendet. Die amtliche Vertrauensfrage des Finanzministers dürfte erfolgen, wenn die Frage des Vertrauensvotums, das Dr. Luther für sein neues Kabinett beantragt, geklärt ist. Die Verhandlungen der Reichstagsparteien, die sich an einem Kabinett Luther beteiligen wollen, drehten sich deshalb in den ersten Nachmittagsstunden fast ausschließlich um die Formulierung eines beim Reichstag einzubringenden Vertrauensvotums für die Regierung Luther.

Einigung in der Vertrauensfrage.

Berlin, 14. Jan. In der Vertrauensfrage ist es, wie die Tel.-Union erfährt, zu einer Einigung zwischen den Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Deutschnationalen gekommen. Dem neuen Kabinett soll die Billigung der Regierungsparteien ausgesprochen werden.

Regierungserklärung am Freitag.

Berlin, 14. Jan. Der Ältestenrat des Reichstages beschloß, in der Donnerstagsitzung Initiativanträge aus dem Hause zu behandeln. Die Regierungserklärung soll erst in der Freitagssitzung entgegengenommen werden.

Die voraussichtliche Ministerliste.

Berlin, 14. Jan. Die Besprechungen des früheren Reichspostministers Stingl mit dem Finanzminister Dr. Luther zog sich sehr lange hin. Sie soll von ausschlaggebender Bedeutung sein. Es handelt sich darum, daß die bayerische Volkspartei ihr Mitglied Stingl, der aber nicht in der Fraktion sitzt, wohl als Sachminister begrüßen könnte, aber ihn nicht als ihren Fraktionsvertreter im Kabinett betrachtet und daher außerdem noch ein Mitglied der Fraktion in das Kabinett aufgenommen haben wollte. Um 1/10 Uhr gab Dr. Luther bekannt, daß er nach Verlauf einer Stunde eine abschließende Mitteilung gemacht werden könne, nachdem er noch dem Reichspräsidenten Bericht über die Lage erstattet habe. In den Abendstunden zirkulierte in den parlamentarischen Kreisen die voraussichtliche Ministerliste mit folgenden Namen: Reichszentraler Dr. Luther, Außenminister Stresemann (D.B.), Inneres Schiele (D.N.), Finanzen Sämisch (D.B.), Wirtschaft Reubaus (D.N.), Arbeit Brauns (A.), Justiz und besetzte Gebiete Dr. Schollen Düsseldorf (A.), Wehrmacht Dr. Gessler, Reichspost Stingl (Bayr. V.) Ernährung und Landwirtschaft Graf Kanitz, für das Verkehrsministerium wurde noch kein bestimmter Anwärter genannt.

Ausklang der Pariser Finanzkonferenz.

Einzelheiten des Abkommens.

Paris, 14. Jan. Die Konferenz der alliierten Finanzminister ist nach Unterzeichnung des getroffenen Abkommens gegen 11 Uhr vormittags geschlossen worden.

Kurz vor dem Ende der Sitzung ist Ministerpräsident Herriot im Sitzungssaal erschienen und hat eine kurze Ansprache an die Delegierten der alliierten Mächte gehalten.

Das von den alliierten Finanzministern unterzeichnete Abkommen über die Verteilung der deutschen Reparationszahlungen und die Liquidierung des Ruhrunternehmens, über das wir Einzelheiten auf Grund von Mitteilungen des „Evening Standard“ bereits gestern machen konnten, bestimmt zusammengefaßt im wesentlichen folgendes:

Im Jahre 1925 dürften für die Reparationskommission nur noch 925 Millionen Goldmark, für die durch den Dawesplan vorgezeichneten Organismen 75 Millionen und für die Rheinland-Kommission höchstens 10 Millionen ausgegeben werden. Hieron kann Frankreich 62, England 16, Belgien 22 Prozent beanspruchen. Die Militärkontrollkommissionen können höchstens 8 Millionen fordern. Jedoch können unter Umständen die Zusatzausgaben nachträglich angerechnet werden.

An effektiven Belastungslasten sind vorgesehen: Für Belgien und England je 25 Millionen und für Frankreich 110 Millionen Goldmark. Die weiteren Ausgaben sollen den bereits bestehenden Restschulden zugerechnet werden. Auch die Ausgaben für

Leistungen aus dem Rheinlandabkommen, die ehemals kostenlos erfolgten — Wohnung Heizung usw. — werden dieser Restschuld hinzugefügt. Der entsprechende Betrag wird vom Generalagenten an Deutschland zurückgezahlt. Die Festschreibung späterer Ausgaben soll vor dem ersten September erfolgen.

Die Abmachungen über die Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Jahreszahlungen des Dawes-Planes deuten sich im ganzen mit den Veröffentlichungen des „Evening Standard“. Es wird bestimmt, daß für amerikanische Belastungslasten vom 1. Dezember 1926 ab jährlich durchschnittlich 55 Millionen Goldmark an Amerika zurückvergütet werden. Diese Zahlungen haben einen Privileg vor allen anderen Geldzahlungen, mit Ausnahme der Zinsen für die 800-Millionen-Anleihe und der Unterhaltungskosten der Kommissionen. Im Falle einer Stundung verlangt Amerika 1/2 v. H. Zinsen. Die deutsche Reparationsentschädigung an die Vereinigten Staaten in Höhe von 350 Millionen wird demnach getilgt, daß ihnen an den Reparationszahlungen 2 1/2 v. H. zuzustehen, und zwar bis zu einem Höchstbetrag von 45 Millionen Goldmark im Jahr. Unter diesen Bedingungen verzichten die Vereinigten Staaten auf die früheren Abmachungen, mit Ausnahme der Summe von 14 725 150 Dollar.

Hinsichtlich der belgischen Kriegsschuld ergaben sich keine Abweichungen von dem bisher Mitgeteilten. Es wurde bestimmt, daß dieselbe im Betrage von etwa 5600 Millionen Goldmark dadurch zurückgezahlt wird, daß 5 v. H. jährlich abgetragen wer-

Neueste Nachrichten.

Auch die gestern während des ganzen Tages geführten Verhandlungen Dr. Luthers haben noch zu keiner endgültigen Einigung geführt.

Im Reichstag erwartet man die Regierungserklärung nicht vor Freitag.

Der Verteilungsplan für die Reparationen und die Ruhrrente wurde von den Delegierten der interalliierten Finanzkonferenz in Paris unterzeichnet.

Präsident Coolidge hat seine Befriedigung über das Abkommen auf der Pariser Finanzkonferenz ausgesprochen, welches die amerikanischen Reparationsansprüche regelt.

In Paris gehen die Besprechungen der französischen Militärsachverständigen über den Schlußbericht der Kontrollkommission weiter.

Die militärische Kontroll-Kommission in Stuttgart ist nunmehr ausgehoben worden. Ihre Mitglieder, Offiziere und Personal, haben Stuttgart bereits verlassen.

den, die nach verschiedenen Prioritäten ausgezahlt werden sollen. Von den Summen, die in den ersten Jahren nach dem Funktionieren des Dawesplanes nach Begleichung aller Prioritäten übrig bleiben, erhält Belgien ein Prozent für die Restitutions. Im übrigen nimmt Belgien vom 1. September 1925 bis zur Tilgung seiner Prioritätsforderungen mit acht Prozent an den Jahreszahlungen teil. Von da ab reduziert sich der belgische Anteil auf 4 1/2 Prozent.

Von den deutschen Zahlungen erhält in Zukunft Griechenland vier Zehntel Prozent und Rumänien ein Zehntel Prozent. In dem Abkommen werden ferner Vorkehrungen getroffen über die Bezahlung der militärischen Besatzungskosten in den Westmündungsgebieten, über den Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen sowie die Rückzahlung der Ausgaben, die USA-Beiträge für die Kriegszeit zugesprochen wurden. Schließlich wurde bestimmt, daß der Daweskommission sofort eine Summe von 266 600 Goldfranken ausbezahlt wird. Die Reparationskommission hat den noch nicht gelieferten Verteilungsplan nachzuliefern und alle Fragen, über die eine Einigung nicht erzielt werden konnte, einer schiedsgerichtlichen Entscheidung zu unterwerfen.

Für die Regelung des Ertrags der Ruhrbesetzung wurde bestimmt:

Die Reparationskommission wird die von der französischen, belgischen und italienischen Regierung von Deutschland erhaltenen Summen feststellen, die von den wirklich gehaltenen Ausgaben der interessierten Mächte in Abzug zu bringen sind. Die Unterhaltungskosten für die französischen und belgischen Truppen im Ruhrgebiet werden vergütet. Der Betrag der in Luxemburg gelieferten Kohlen- und Koks mengen für die gleiche Zeit wird als eine Sachlieferung an Frankreich gerechnet. Die Kosten für die wirtschaftliche Ausbeute des Ruhrgebietes werden von den Einnahmen der wirtschaftlichen Ausbeutung in Abzug gebracht. Der belgischen Regierung wird der Restbetrag auf ihre Priorität in Anrechnung gebracht. Die französische, englische und belgische Regierung stimmen zu, daß die Belastungslasten bis zum 31. Dezember 1923 auf die Sachlieferungen verednet werden.

Das Abkommen enthält im einzelnen weitere Bestimmungen, um nachträglich in endgültiger Weise die von Deutschland geleisteten Reparationszahlungen unter den alliierten Staaten zu verrechnen.

Das Übereinkommen ist in einzelnen Punkten keineswegs als ein Erfolg Frankreichs zu buchen. So werden die Unkosten der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes aus den Naturalleistungen gedeckt. Frankreich wird infolgedessen Belgien einen Betrag von mehr als 100 Millionen Goldmark schulden. Andererseits werden zur Bekleidung der militärischen Besatzungskosten im Rheinland für das Jahr 1924/25 160 Millionen bereitgestellt, sodas Frankreich einen Restbetrag von mindestens 80 Millionen Goldmark anbringen muß. Priorität erhalten die 160 Millionen Belastungslasten, 80 Millionen zur Sicherung des Zinsendienstes der Dawesanleihe sowie 30 Millionen für den Unterhalt der Repko und anderen in Ausführung des Sachverständigenplanes entstandenen Körperschaften. Zur Verteilung unter die Verbündeten gelangt folakisch ein Restbetrag von etwas mehr als 700 Millionen Goldmark.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Gemeinsame Sitzung der deutschen und französischen Wirtschaftsdelegationen.

Paris, 14. Jan. Die deutschen und die französischen Wirtschaftsdelegationen traten heute Nachmittag um 3 Uhr zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Staatssekretär v. Trendelenburg erklärte sich bereit, zu dem französischen Provisoriumsorschlag Gegenüberungen sofort mündlich vorzubringen und eine Diskussion daran zu knüpfen. Da die Franzosen jedoch die Vorlegung einer schriftlichen Ausarbeitung vorzogen, überreichte Staatssekretär Trendelenburg dem Vorsitzenden der französischen Delegation, Ragnaldi, ein Schriftstück, worin in vier Punkten die deutschen Gegenbedingungen vorgelegt werden. Ragnaldi verlangte eine zweitägige Bedenkzeit. Die nächste Sitzung findet Freitag Nachmittag statt.

Die Kabinettsbildung vor dem Abschluß.

Die Verhandlungen Dr. Luthers im wesentlichen abgeschlossen. — Zugeständnisse des Zentrums und der Deutschen Volkspartei. — Strittige Personenfragen. — Drei Richtungen innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei. — Zusammentritt des preussischen Landtags. — Neue Verträge der deutsch-französischen Handelsdelegierten. — Schluß der Finanzministerkonferenz.

Berlin, 14. Januar. Soweit sich die Verhandlungen in der innerpolitischen Krise zur Stunde beurteilen lassen, dürfte das Kabinett Dr. Luthers im Laufe des heutigen Tages gebildet werden. Wenn ein so vorsichtiger Mann wie der bisherige Reichsfinanzminister sich gestern Abend entschließen konnte, in einem halbamtlichen Kommuniqué als Ergebnis seiner Bemühungen die Aussicht auf die Bildung der Regierung auszusprechen, so dürfen die Verhandlungen im wesentlichen bereits abgeschlossen sein. Das ist auch, soviel wir wissen, der Fall. Gestern ist zwischen den Parteien noch über eine Reihe von Fragen gestritten worden, in erster Linie um Personenfragen, sodann auch um sachliche, u. a. um das Vertrauensvotum, das ein Teil der der neuen Regierung nahestehenden Parteien unter allen Umständen verlangen möchte, während andere sich nicht ganz ohne Grund sagen, daß schon bei dieser Gelegenheit eine neue Krisis heraufbeschworen werden könne. Vor allem ist das Zentrum dagegen, weil es in seinen eigenen Reihen verschiedene Strömungen hat und nicht mit Sicherheit sagen kann, ob es ihm gelingen wird, die Parteibildung durchzuführen.

Im allgemeinen hat das Zentrum sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht und hat vor allem keine bindende Erklärung darüber verlangt, daß die Verfassung unangefochten bleibt. Vielleicht hat sich das Zentrum dabei gesagt, daß es selbst stark genug ist, um jederzeit gegen eine grundlegende Verfassungsänderung einzuschreiten. Auch die Rechtsparteien ihrerseits haben einige Zugeständnisse gemacht. So ist die Deutsche Volkspartei bereit, ihren Antrag auf Einführung der Farben Schwarz-weiß-rot entweder ganz zurückzuziehen oder so abzuändern, daß er auch für die Mitte erträglich wird. Weiterhin ist die Deutsche Volkspartei bereit, den Antrag auf Beseitigung des Artikels 18 der Reichsverfassung nicht einzubringen, der den einzelnen deutschen Landesteilen das Recht gibt, sich aus ihren bisherigen Staatsgefügen herauszulösen, sich neuen anzuschließen, neue zu bilden oder in alten aufzugeben. Infolgedessen darf man wohl annehmen, daß die Vorfragen erledigt sind.

Nicht ganz geklärt aber sind die Personenfragen. Es ist gestern zweifellos — auch wenn das bestritten werden sollte — zwischen den Parteien ausgiebig geredet worden. Als sicher galt gestern Abend nur, daß Graf Ranitz, Stresemann, Geßler, Brauns auf ihren Posten verbleiben, während für die Finanzen der frühere preussische Finanzminister Dr. Sämisch genannt wurde. Für die Justiz galt gestern Abend — die Dinge verändern sich von Minute zu Minute — der Landgerichtsdirektor Bollmer aus Essen als Kandidat. Viel wichtiger aber ist naturgemäß die Besetzung des Reichsinnenministeriums, weil dieses Ressort ja den Verkehr mit den Ländern aufrecht zu erhalten und auch über die Innehaltung der Reichsverfassung zu wachen hat. Dabei stellte sich offenbar heraus, daß man innerhalb der Deutschnationalen Partei selbst durchaus nicht einig ist. Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß sich in der Partei drei Flügel gebildet haben, ein linker Flügel, zu dem man wohl Herrn Wallraf zählen kann, ein mittlerer, das ist der Bestärker, und ein rechter, für den Herr Bruhn an den Verhandlungen mit Dr. Luther teilgenommen hat. Zwischen diesen drei Strömungen geht der Kampf auch um die Personen, und es ist natürlich nicht gleichgültig, welche Schattierung der Deutschnationalen an das Ruder kommt. Als sicher galt ferner, daß die Bayerische Volkspartei im Kabinett vertreten sein wird, um einen Vertrauensmann in der Regierung zu haben. Ob Herr Emminger dafür in Frage kommt, erscheint zweifelhaft. Gestern Abend wurde vielmehr Graf Verchenfeld genannt. Auf die einzelnen Kombinationen wollen wir uns nicht weiter einlassen, weil uns der heutige Tag die Entscheidung bringen kann.

Augenblicklich tagen eine Reihe von Fraktionen, während andere im Laufe des Vor- und Nachmittags zusammenkommen. Sie bringen erst die endgültige Klärung. Sehr wichtig dabei ist, daß inzwischen der preussische Landtag seine erste politische Aussprache abhält. Herr Braun wird die Regierungserklärung verlesen, an die sich naturgemäß eine sehr leidenschaftliche Debatte anknüpfen kann. Es ist zwar noch nicht sicher, aber doch mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß von der Rechten ein Misstrauensvotum eingebracht werden wird. Um dieses geht der Kampf. Aussicht auf seine Annahme besteht nicht, da ja nach der preussischen Verfassung die Mehrheit des gesamten Hauses, also nicht nur die anwesenden Abgeordneten, für einen solchen Antrag stimmen müssen. Es könnte allerdings der Fall eintreten, daß ein Teil des Zentrums zur Rechten übergeht und gleichfalls gegen seine Kabinettsmitglieder mit Ja stimmt. Sehr wahrscheinlich ist es aber nicht. Das Zentrum hat bisher noch immer Disziplin gehalten, wenn irgendeine Parole ausgegeben wurde. Es wird dagegen am wenigsten verstoßen, wenn es sich, wie jetzt, um Regierungsglieder aus seinen Reihen handelt.

Die äußere Politik wird vorläufig beherrscht von den deutsch-französischen Verhandlungen. Heute nachmittag kommen die deutschen und französischen Handelsdelegierten wieder zusammen. Dabei wird sich zeigen, ob ein Provisorium möglich ist. Die französischen Vorschläge, so wie sie vorliegen, sind jedenfalls unannehmbar. Deutschland kann weder ein Provisorium auf ein ganzes Jahr noch die Zollfreiheit für elsass-lothringische Waren zugestehen. Trotzdem rechnen wir nach wie vor mit einem Kompromiß, vorausgesetzt, daß die Franzosen ihre übertriebenen Forderungen fallen lassen. Deutschland legt — und das ist sehr wesentlich — bei diesen Verhandlungen überhaupt keinen großen Wert auf ein Provisorium, sondern drängt zum Abschluß eines endgültigen Vertrages. Die französischen Blätter toben zwar nach wie vor, und zwar offenbar auf Order aus dem Quai d'Orsay oder dem Handelsministerium, doch macht das Ganze den Eindruck, als ob sie auch fest von einer Verständigung überzeugt seien.

Die Finanzministerkonferenz in Paris wird heute ihren Abschluß finden, nachdem Einigkeit über alle Punkte, die zur Erörterung standen — und das sind zufällig nicht gerade die wichtigsten — erzielt wurde. Auch Rumänien und Brasilien haben Ansprüche auf die Beute erhoben. Brasilien verlangt eine Entschädigung für seine Kaffeevorräte, die 1914 in Hamburg laaerien und dann während des Kriege von den

Deutschen beschlagnahmt wurden. Da aber nach dem Dawes-Abkommen Deutschland keinerlei weitere Leistungen auferlegt werden dürfen, wurde Brasilien genau so wie die Tschechoslowakei und Südlawien auf später vertröstet.

Offiziell wurde gestern mitgeteilt, daß Frankreich keine Denkschrift über die Schuldentilgungsfrage an England gerichtet hat. Es handelt sich ausschließlich um einen Brief Clementels, des französischen Finanzministers, an Churchill, in dem er von diesem nur wissen wollte, ob England noch auf die Erklärung zurückkommt, die Balfour im Sommer 1922 abgegeben hat. Danach hätten die Bundesgenossen Englands diesem nur das zu erlassen, was es selbst bezahlen muß. Churchill scheint bisher keine positive Antwort gegeben zu haben, aber sein Verhalten läßt darauf schließen, daß die feinerzeitigen Erklärungen Balfours doch wieder zur Grundlage gemacht werden. Unter diesen Umständen glaubt man in Paris, daß im Februar oder März eine neue Konferenz stattfinden wird.



Reichsfinanzminister Luther wird in diesen Tagen mit der Bildung der Regierung beauftragt werden.

Kleine politische Nachrichten.

Braun übernimmt Kultus- und Finanzministerium.
Berlin, 13. Jan. Wie die Deutsche Zeitung hört, wird der sozialdemokratische preussische Ministerpräsident Braun mit dem heutigen Tage die Leitung der durch den Rücktritt der volksparteilichen Minister Böhm und v. Richter freigewordenen preussischen Ministerien übernehmen.

Die Aufwertungsfrage.
Berlin, 14. Jan. Wie die „Neue Tägliche Rundschau“ meldet, ist eine aus Delegierten des Reichsfinanzministeriums und des Reichsjustizministeriums wie aus Mitgliedern des Kammergerichts bestehende Kommission damit beauftragt worden, einen Entwurf für ein neues Aufwertungsgezet bis zum 15. Februar auszuarbeiten.

Das deutsch-italienische Handelsprovisorium.
Rom, 12. Jan. Die lange Dauer der deutsch-italienischen Verhandlungen, die gestern Nachmittag zum Abschluß eines Modus vivendi bis zum 31. März führten, ist nicht auf grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, sondern auf die schwierigen Ausgleichsverhandlungen über einzelne Positionen des Abkommens zurückzuführen. Das Provisorium ist auf Wunsch beider Delegationen nur für eine kurze Zeit zustande gekommen, damit der eigentliche Handelsvertrag möglichst schnell zum Abschluß gebracht werden kann. Ueber die politische und wirtschaftliche Bedeutung eines solchen Vertrags herrscht in beiden Delegationen Uebereinstimmung. Die Grundbehandlung der Meistbegünstigungsklausel als Basis ist gesteckt, doch wird ihre Anwendung auf verschiedene Positionen in weiteren Verhandlungen nicht ohne Schwierigkeiten abgehen. Der Abschluß des Provisoriums wird von der italienischen Presse allgemein als günstige Vorbereitung für den Handelsvertrag besprochen. Die Blätter erklären, daß beide Länder im Besitz ständen, ihre gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen wieder herzustellen. „Journale D'Italia“ hebt besonders die vermittelnde Tätigkeit des deutschen Botschafters, Baron Neurath, bei den Verhandlungen hervor. Im Gegensatz zu einer Meldung der „Tribuna“ daß die Meistbegünstigungsklausel zum ausschließlichen Vorteil Italiens durchgesetzt worden sei, wurde auf Grund von Neuierungen maßgebender Stellen festgestellt, daß die besonderen Vorteile, die der italienischen Landwirtschaft aus dem Provisorium erwachsen, durchaus nicht den Schluß ziehen lassen, als ob die deutsche Delegation auf die Dauer der italienischen Landwirtschaft kompensationslose Vorteile zum Schaden der deutschen Industrie gewähren wolle. Ebenso unrichtig ist es auch, wenn das „Journale D'Italia“ behauptet, daß die deutsche Delegation ohne genügende Vorbereitungen nach Rom gekommen sei, woraus sich die Verzögerung des Abschlusses des vorläufigen Abkommens herleiten lasse.

Neue polnische Uebergriffe in Danzig.
Berlin, 13. Jan. Wie der „Vollanzeiger“ aus Danzig meldet, wurde der Freistaat heute durch einen neuen polnischen Uebergriff überrascht. Die Uebergabe der gesamten von Warschau nach Danzig kommenden Post wurde verweigert und an das neue polnische Postamt weitergeleitet. Briefträger in polnischen Uniformen und polnischen Mützen haben zum ersten mal die aus Warschau kommende Post zugestellt.

Gemeinsame Kampffront gegen Mussolinis Wahlvorschläge.
Rom, 14. Jan. Die Minister Giolitti, Salandra und Orlando besprachen sich am Dienstag mit den Vertretern der oppositionellen Parteien über die gemeinsame Kampffront gegen die Wahlvorschläge. Orlando, Salandra und Giolitti wurden als Redner für die Verteidigung des oppositionellen Standpunktes in der Kammer bezeichnet. Es soll eine gemeinsame Tagesordnung über die Stellungnahme der Opposition in der Kammer vorgelegt werden. Man einigte sich dahin, bei der bevorstehenden Debatte die moralische Frage nicht anzuschneiden.

Houghton übernimmt den Londoner Botschafterposten.
Berlin, 14. Jan. Wie die Blätter aus Washington melden, hat der Präsident Coolidge dem amerikanischen

Botschafter in Berlin, Houghton, den Botschafterposten in London angeboten. Houghton hat sich telegraphisch zur Uebernahme des Postens bereit erklärt.

Die Kämpfe um Shanghai beendet.
London, 14. Jan. Die Kämpfe um Shanghai sind beendet. Marshall Chi-Chi-Yuan beherrscht die Lage vollkommen. Die einzige Gefahr für die Niederlassungen droht von den zahlreichen Panden der geschlagenen Aufrihrer. Die ausländischen Freiwilligen sind entlassen worden. Drei amerikanische Zerstörer sind von Manila abgegangen und drei weitere Kriegsschiffe werden folgen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 15. Januar 1925.

Auszeichnung.

Das Ehrenzeichen für 10 jährige verdienstvolle Tätigkeit in der Sanitätskolonne Calw nebst Bestkaeusnis erhielt vom Präsidium des würt. Landesvereins vom Roten Kreuz ferner Gottlieb Eitel-Calw.

Schärfere Ueberwachung des Hausierhandels.

Die in den letzten Monaten wieder lebhafter gewordenen Klagen über ungesundens Anwachsen des Wandergerwerbetretriebs, Mißachtung der bestehenden Vorschriften, insbesondere auch durch wilde Hausierer und Straßenhändler, sowie über sonstige im nichtstehenden Gewerbe hervorgetretenen Mißstände haben dem Arbeits- und Ernährungsministerium Veranlassung gegeben, die bestehenden Anordnungen wieder in Erinnerung zu bringen und nach verschiedenen Richtungen hin zu erweitern. Die Oberämter haben künftighin bei Behandlung der Gesuche um Ausstellung von Wandergerwerbesein alle einschlägigen Verhältnisse genauestens und aufs neue zu prüfen und den Wandergerwerbesein in allen Fällen, in denen dies nach dem Gezet zulässig ist, und die Ausstellung nicht ausnahmsweise aus ganz besonderen Gründen angängig oder geboten erscheint, zu verweigern. Zu der seither schon bestehenden Vorschrift, wonach der Wandergerwerbesein zu verweigern ist, wenn der Nachsuchende mit einer abschreckenden oder ansteckenden Krankheit behaftet ist, ist als Erweiterung die Bestimmung beigegeben, daß als ansteckende Krankheiten auch Geschlechtskrankheiten und Krätze zu gelten haben. Die Vorschriften über das Mitführen von Kindern unter 14 Jahren, insbesondere von schulpflichtigen Kindern, sind auch künftighin streng auszuführen und durchzuführen. Ferner sind die für Ausländer geltenden Bestimmungen im Interesse des heimischen Wirtschaftslebens auch fernerhin nachdrücklich zu handhaben; Ausländern, die durch ihre Persönlichkeit zu erheblichen politischen Bedenken Anlaß geben, ist der Wandergerwerbesein unter allen Umständen zu verweigern. Bei der Ueberwachung des nichtstehenden Gewerbes ist in erster Linie darauf zu achten, daß jede wandergerwerbende Person den Wandergerwerbesein mit sich führt. Wird an Stelle einer amtlichen Legitimationskarte oder eines Wandergerwerbeseins eine von privaten Geschäftshäusern usw. ausgestellte private Legitimationskarte widerrechtlich benützt, so ist aufs strengste einzuschreiten. Da der Hausierhandel mit Kleider- und anderen Stoffen, ferner mit Seife und Seifenpulver ungewöhnlich stark betrieben zu werden scheint und zu mannigfachen Beschwerden Anlaß gegeben hat, so ist auf diesen Handel ein besonderes Augenmerk zu richten. Ebenso ist auf eine scharfe Ueberwachung des Hausierhandels im Großen unter Mitführen der feilzubietenden Waren in Waagen oder Krattfahrzeugen in gewerbepolizeilicher und steuerlicher Hinsicht hinzuwirken. Der Ueberwachung des Straßenhandels, über dessen Zunahme besonders stark geklagt wird, haben namentlich die Ortspolizeibehörden besondere Sorgfalt zuzuwenden. Um den neuen Bestimmungen zu rascher und durchgreifender Wirksamkeit zu verhelfen ist namentlich auch eine scharfe Ueberwachung nach der Richtung hin erforderlich, ob den Bestimmungen über die Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen und den hierfür aufgestellten Richtlinien Rechnung getragen ist. Bezüglich der Heranziehung zur Umsatzsteuer ist bestimmt worden: Die Straßenhändler und Wandergerwerbende haben vor Beginn ihrer umsatzsteuerpflichtigen Tätigkeit die Umsatzsteuer beim Finanzamt durch eine Anzahlung sicherzustellen, ein vom Finanzamt ausgestelltes Strafensteuerheft ständig bei sich zu führen und in diesem über ihren Umsatz fortlaufend Eintragungen zu machen, die täglich abzuschließen sind. Das Strafensteuerheft ist auf Verlangen dem Beamten der Polizei, Eisenbahn- und Finanzverwaltung vorzuzeigen.

Die Kalenderreform.

Allmählich wird bekannt, welche weitgehende und durchgreifende Umwälzungen die Kalenderkommission des Reichsbundes, zu der übrigens auch ein astronomischer Beirat gehört, plant. Es soll nicht nur der Termin des Osterfestes, der bekanntlich bisher bewieslich war, und der griechisch- und römisch-katholische Kalender vereinigt werden, sondern überhaupt eine ganz neue Zählung der Wochen und Monate Platz greifen. Das Projekt, das ziemlich Aussicht hat, von der Kommission angenommen zu werden, will zunächst die Ungleichmäßigkeit in der jährlichen Wochenanzahl abschaffen. Jedes Jahr soll künftig 52 Wochen haben, was 364 Tage ausmachen würde, und jedes Jahr soll mit einem Sonntag anfangen. Auf diese Weise soll Neujahr immer auf einen Sonntag fallen, und ein Feiertag würde dadurch gespart werden. Künftig würde ein Tag, im Schaltjahr 2 Tage überbleiben. Diese Tage werden als sogenannte „weiße Tage“ der letzten Jahreswoche ohne besonderen Namen angehängt werden, die infolgedessen nicht 7, sondern 8 bzw. 9 Tage zählt. Viel weiter greift der Plan, diese 52 Wochen künftighin in 13 Monate einzuteilen, von denen jeder genau vier Wochen haben soll. Auf diese Weise würde insofern eine weitere Vereinfachung erreicht, als jeder 1. im Monat ein Sonntag wäre, überhaupt jeden Monatstag immer auf denselben Wochentag fiel. Jeder 3. im Monat wäre ein Dienstag, jeder 10. ebenfalls ein Dienstag, jeder 28. ein Samstag. Aber gegen die Einführung der 13 Monate hat sich heftiger Protest erhoben. Bis zur Durchführung der Reform wird vermutlich noch genug Zeit vergehen. Vorläufig werden Gutachten von den Kirchen, den Regierungen, Handelskammern, Arbeiterkammern usw. eingefordert. Da werden gewiß die widerprechendsten Meinungen laut werden.

Der neue deutsche Strafgesetzentwurf.

Die breitere Öffentlichkeit wird sich in absehbarer Zeit mit dem neuen Strafgesetzentwurf befassen müssen und es ist schon jetzt vorzusehen, daß Meinungsverschiedenheiten und auch politische Auseinandersetzungen nicht ausbleiben werden. Letztere dürften durch den besonderen Teil des ersten Buches hervorgerufen werden, das einschneidende Neuerungen enthält. Der Entwurf, dessen Ursprung noch in der Vorkriegszeit liegt, ist nach mehrfacher Unterbrechung der Arbeiten dem Reichsrat vorgelegt und veröffentlicht worden. Seine Bedeutung liegt u. a. im amtlichen Charakter, in zahlreichen sachlichen Neuerungen, der Anschaulichkeit und Vollständigkeit und darin, daß er seit Jahrzehnten wieder das erste große gesetzgeberische Werk ist, das aus gemeinsamer deutsch-österreichischer Arbeit hervorgegangen und somit ein wertvolles Zeichen der Stammes- und Sinnesgemeinschaft der beiden Bruderländer ist. Der Entwurf zerfällt in drei Bücher. Das erste behandelt die Verbrechen und Vergehen, das zweite die Nebenstrafungen, das dritte gemeinschaftliches Verhalten; letzteres umfaßt die Vorschriften gegen Bettel und Landstreicherei, Arbeitslosen und Irrenwesen; hier ist an Stelle der Strafe die sichernde Maßnahme des Arbeitsaufhanges, für Ausländer auch Reichsverweisung vorgelesen. Hauptziel der Reform ist das Schulprinzip klar herauszuarbeiten und so Sicherheit dafür zu schaffen, daß nur wirklich strafwürdiges Verhalten Strafe nach sich zieht. Bestraft wird, wer entweder vorsätzlich oder fahrlässig handelt. Zum Vorbehalt gehört das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit, als Notwehr gilt die Verteidigung gegen einen rechtswidrigen Angriff, sofern sie „in einer den Umständen angemessenen Weise“ geschieht. Alle Vorschriften über den Vollzug der Strafen sind dem künftigen Strafvollzugsgesetz überlassen. Die Strafarten entsprechen im wesentlichen dem geltenden Recht. Die Todesstrafe ist nur bei Mord, falls keine Milderungsgründe vorliegen angedroht. Nebenstrafen, wie die Polizeiaufsicht, kennt der Entwurf nicht.

Der Zustand, daß der wegen Geisteskrankheit Freigesprochene freigegeben wird, soll beseitigt werden. Besitzt das Gericht die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, so wird der Freigesprochene in öffentlichen Heil- oder Pflegeanstalten untergebracht. Trunkstüchtige werden einer Trinkerheilstätte überwiesen. Gefährliche Gewohnheitsverbrecher werden in Sicherungsverwahrung genommen. Voraussetzungen sind unter anderem nicht wie bisher fünf, sondern zwei Freiheitsstrafen. Der Freiheit des Richters, milde Strafen zu verhängen, steht gegenüber die Steigerung seiner Macht, insbesondere Gewohnheitsverbrechern gegenüber zu erstehen. Juristische Kreise sehen die Schwierigkeiten der Durchführung des Entwurfes voraus und warnen, wie z. B. Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium Dr. Bunte, in der deutschen Juristenzeitung Berlin, vor einer Gefährdung der Reform, die beruhen ist, alle Mängel der Gelegenheitsgesetzgebung zu beseitigen.

Der Gashauptbahn soll nachts geöffnet bleiben.

Der Gashauptbahn wird zweckmäßigerweise nachts nicht geschlossen, damit morgens dort nicht unverbranntes Gas ausströmt, wo abends kein Schließen des Hauptbahns eine Gasflamme ausgedreht war. Bei offenkundigem Hauptbahns kann es höchstens passieren, daß eine Flamme die ganze Nacht hindurch brennt. Damit ist jedoch keine Lebensgefahr verbunden. Der Gashauptbahn ist nur zu dem Zwecke in die Leituna eingebaut, um diese bei einer Reparatur abschließen zu können.

Wetter für Freitag und Samstag.

Der Hochdruck über Mitteleuropa besteht weiter. Die Depressionen im Norden bleiben vorerst noch ohne Einfluß. Für Freitag und Samstag ist vielfach nebliges, aber trockenes und frostiges Wetter zu erwarten.

Betriebsunfall bei Zug 6 38 Stuttgart Mailand.

Stuttgart, 14. Jan. Heute vormittag zwischen 8 und 9 Uhr ist bei der Blockstelle Posten 22 zwischen Bahnhöfen/K. und Böblin en die Schiedelokomotive des Zuges D 38, der an der Blockstelle aufplanmäßig anhalten mußte, aus noch nicht völlig aufgeklärter Ursache auf den Schlupfwagen des Zugs aufgestoßen. Vier Reisende des D-Zuges wurden leicht verletzt, Materialschaden gering. Eine Betriebsstörung ist nicht entstanden.

ph. Sonnenhardt. Der Einladung des hiesigen Militärvereins zu einer Weihnachtsfeier am letzten Sonntag war so zahlreiche Folge geleistet worden, daß der Gasthofsaal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Der Vorstand, Herr Friedrich Keß, begrüßte die Erschienenen mit herzlichsten Worten. Dann führten die Damen Fräulein Rosa Bieder und Maria Niethammer und die Herren Jakob

Maß, Friedrich Keß und Friedrich Senfried ein Stück in drei Aufzügen „So muß es kommen“ vor und erfreuten die Anwesenden durch ihr vortreffliches Spiel. Ein Humorist folgte mit einem Vortragstisch, Herr Henke aus Calw hielt einen Lichtbildervortrag „Unsere Feldgrauen“ und Herr Lacher führte Lichtbilder aus dem Bezirke vor. Der Bezirksobmann, Herr Kühle, dankte für die Einladung und sprach über die Ziele der Militärvereine, die in der Pflege der Kameradschaft und Vaterlandsliebe, fern von allem Parteigetriebe ihre vornehmste Aufgabe erblicken. Dazwischen sorgten Herr Olpp durch Lieder zur Laute und die Herren Heller, Reichmann und Henke durch humoristische Vorträge für die Unterhaltung der Versammlung, die ihrem Danke für alle Darbietungen durch reichen Beifall Ausdruck gab. Eine reichhaltige Gabenverlosung beschloß den in jeder Hinsicht gelungenen Abend.

(S.C.B.) Pforzheim, 14. Jan. Gestern Nacht entstand im Keller des Hauses Bleichstraße 47 ein Gasrohrbruch. Das ausströmende Gas drückte sich nach oben durch, und als im ersten Stock zufällig ein offenes Licht brannte, entstand eine Explosion, durch die ein ziemlich bedeutender Schaden verursacht wurde. Eine Frau erlitt an Händen und Füßen Brandwunden.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Jan. Anträge auf Invaliden-, Waisen- und Witwenrente können jetzt unmittelbar bei der Landesversicherungsanstalt Württemberg, Kotebühlstraße 133, angebracht werden. Die Anträge erfahren auf diese Weise vielfach eine raschere Erledigung, als wenn sie auf dem Umweg über die Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung und das Versicherungsamt gehen.

(S.C.B.) Leonberg, 14. Jan. Eine unter Führung von Stadtschultheiß Jund nach Stuttgart gereiste Kommission hat erreicht, daß der Stuttgarter Pferdemarkt nicht vor dem Leonberger abgehalten wird, sondern wie bisher im April stattfinden.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Jan. Dieser Tage konnte man in dem Gebäude der Friedrichstraße, in dem die Interalliierte Militärkontrollkommission untergebracht war, einen Auszug bemerken. Die Kommission ist aufgehoben worden, wenigstens für Stuttgart, und das gesamte Personal ist, ohne daß ihm jemand eine Träne nachweinen würde, abgereist. Die Kontrolle als solche besteht natürlich weiter und wird in irgend einer anderen Stadt ausgeübt, wahrscheinlich in Frankfurt oder München. Bekanntlich hat die Kommission eine schamlose Verschwendung von deutschen Geldern betrieben, und was man sonst Persönliches von ihr hörte, war auch nicht gerade erbaulich. Trotz aller Schnüfjelei ist es der Kommission nicht gelungen, in Württemberg verbotene Waffen zu finden.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Jan. Bei der Bedeutung der Reichsgründung für das deutsche Volk und seine Stämme hat das Kultusministerium angeordnet, daß dieses Ereignisses am Vortag des Reichsgründungstages, Samstag, dem 17. Januar, in den Schulen des Landes ohne Veranstaltung einer besonderen Feier in angemessener Weise gedacht wird.

(S.C.B.) Stuttgart, 13. Jan. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat dieier Tage den Entwurf eines Gesetzes festgesetzt, durch das die Ministerien des Innern und der Finanzen ermächtigt werden sollen, namens des Württembergischen Staats die erforderliche Bürgschaft für eine Anleihe der Stadt Stuttgart und einer Anzahl anderer württembergischer Städte in Höhe von und 10 000 000 Dollar zu den vom Reichsfinanzministerium genehmigten Bedingungen zu übernehmen. Der Gesetzentwurf wird dem Landtag demnächst zugehen.

(S.C.B.) Nattheim D. A. Heidenheim, 14. Jan. Bei den beiden letzten Holzverkäufen lieferten buchene Scheiter 15—17, Buchen und Kieholz 13—14 Mark pro Meter, Schlagwellen 30 Mark das Hundert. Wegen der hohen Preise nahmen viele Kaufleute eine abwartende Haltung ein.

(S.C.B.) Gerstein, 14. Jan. Bei klarem, prachtvollem Wetter durchfloß am letzten Sonntag ein mit Gas gefüllter und mit vier Herren bemannter Luftballon die Gegend. Er ging bei Guxenstadt nieder, wo es einem des Weas kommenden Radfahrer gelang, die Leine zu fassen, um einen Baum zu schlingen und so beim Landen behilflich zu sein. Dem Vornehmen nach sind die Herren in Augsburg aufgestiegen.

(S.C.B.) Friedrichshafen, 13. Jan. Bei hellem Wetter und klarer Sicht ist am Sonntag der österreichische Halbsalondampfer „Dornbirn“ bei Anfahr der Landungsstelle Nonnenhorn infolge unrichtiger Manöver (vermutlich zu späten Abschwenkens auf die Landestelle) auf Grund geraten. Der Dampfer erhielt drei große Löcher. Durch diese strömten im Augenblick bedeutende Wassermassen in den Maschinenraum. Der Kapitän, der den Ernst der Lage sofort überließ, fuhr mit dem Schiff noch wenige Meter zur Landestelle und ließ das Schiff schleunigst räumen. Beim Versuch, die Landestelle zu verlassen, kam das Schiff infolge der eindringenden Wassermassen alsbald erneut auf Grund und blieb dort liegen. Mittels des am bayerischen Ufer des Bodensees eingerichteten Dienststernsprechers der Bodenseedampfschiffahrt, der leider eine Fortsetzung nach Württemberg bis Friedrichshafen bis heute noch nicht gefunden hatte, war es möglich, alsbald die Motorspritze der Stadt Lindau zu requirieren, später auch die hiesige Motorspritze zu erhalten. Beide Spritzen unternahmen nun die schwierige Arbeit, das Schiff einigermaßen leer zu pumpen. Nach 21stündiger schwieriger Arbeit war es möglich, das Leck einigermaßen zu verstopfen, so daß das Schiff wieder schwamm. Ueber den Vorfall ist eine amtliche Untersuchung eingeleitet.

Vom württ. Landtag.

Voraussetzungen für den Zusammentritt des Landtags am 27. Januar.

Auf Grund einer Vereinbarung des Präsidenten des Landtags mit dem Finanzausschuß soll das Minum des Landtags voraussichtlich am 27. Januar zusammentreten.

Aus dem Finanzausschuß.

Stuttgart, 13. Jan. Der Finanzausschuß erledigte heute die Kapitel 74—80. Allgemeine Staatsbedürfnisse. Zu Kap. 74 (Staatsschuld) brachte Berichterstatter W in I er den Antrag ein, das Staatsministerium zu ersuchen, baldmöglichst dem Landtag zu berichten, ob und in welcher Weise der Staat den Inhabern württembergischer Staatspapiere bei der Verzinsung und Rückzahlung in Abweichung von der 3. Steuernotverordnung entgegenkommen könnte. Dieser Antrag fand die Zustimmung sämtlicher Fraktionen. Ein sozialdemokratischer Redner fragt darnach, welche Absichten von Seiten der württ. Regierung bestehen in bezug auf die Uebertragung der Eisenbahnschulden auf das Reich. Der Finanzminister erklärte, daß seinerzeit Regierung und Landtag einia darüber gewesen seien, daß von einem Rest der Staatsschulden auf das Reich zu übertragen vorerst kein Gebrauch gemacht werden solle, weil die württembergischen Staatsanleihen höher standen als die Reichs- und anderen Länderanleihen. Württemberg sei noch das einzige von allen Eisenbahnländern, das seine Schulden nicht auf das Reich übertragen habe. Es wird aber in den nächsten Wochen vor die Frage gestellt sein, ob es nicht nachträglich noch Gebrauch davon machen soll, die Eisenbahnschuld auf das Reich zu übertragen. Das Reich habe sich bereit erklärt, nachträglich diese Schuld noch zu übernehmen. In diesem Sinne wurde ein gemeinsamer Antrag der Parteien angenommen, den Reichsstandpunkt der Regierung, daß die Entschädigung Württembergs für seine Eisenbahnen zu bemessen sei nach der Restforderung des württembergischen Staates, an das Reich zu stellen und das Staatsministerium zu ersuchen, diesen Rechtsstandpunkt der Reichsregierung und den einzelnen Ländern gegenüber mit allem Nachdruck zu vertreten. Bei Kapitel 76 fragt ein Mitglied der Sozialdemokratie, welche Verhandlungen statioesunden hätten, um die Haller Siederrenten ganz abzulösen. Regierungsleiter wird mitgeteilt, daß zurzeit Verhandlungen im Finanzministerium darüber stattfinden. Bei Kapitel 76. Titel 7 (Renten der Witwe des früheren Königs) erklärte der Berichterstatter namens der sozialdemokratischen Fraktion, diesem Titel nicht zustimmen zu können. Die Fraktionen stimmten mit Enthaltung der Kommunisten mit Nein. Verschiedene Eingaben zu den einzelnen Artikeln wurden teils zurückgestellt, teils erledigt. — Nächste Sitzung morgen früh 9 Uhr.

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne.

Urheberrecht durch Stuttgarter Romanzentrale G. A. d. e. r. m a n n, Stuttgart.

„Heute nicht mehr, Hasso! Darling schläft schon; wir wollen ihn doch nicht wecken, nicht wahr? Morgen gibst Du ihm aber Zucker und ganz viel und darfst auch reiten! So — und Wolf nahm ihn wieder auf den Arm. „Wen habe ich hier? Wer bist Du?“

„Papas Liebling — Papas einziges Bißchen!“

„Mamas doch auch?“ fragte Detlev.

Energisch schüttelte das Kind sein Köpfchen, während es sich fester an den Vater schmiegte. „Rein, Mama ist leicht böse — und schilt dann mit Papa. Papa ist dann traurig und geht fort, und Hasso muß weinen.“

Dunkelrot stieg es in Wolfs Gesicht auf, während er bitter bemerkte: „Ich bin doch ein rechter Pantoffelheld! Meinst nicht, Strachwitz?“ und zu dem Kinde — „o nicht doch, Hasso — so etwas darf ein artiges Kind nicht sagen.“

„Doch, Papa, es ist wohl wahr — und Du hast doch gesagt, immer die Wahrheit sagen.“

Dagegen ließ sich allerdings nichts einwenden. Um den Kleinen auf andere Gedanken zu bringen, nahm ihn Detlev auf sein Knie, was Hasso gern geschah, und fragte ihn: „Wie alt bist Du eigentlich?“

„Schon lange drei Jahre gewesen, schon im Sommer! Zum Geburtstag hat Großpapa Hasso zwei Hiegenböde geschenkt — aber richtige, lebendige, und einen Wagen — den sollst Du morgen sehen, fein! Großpapa hat gesagt, der Weihnachtsmann soll Hasso aber erst was Schönes bringen! Wenn ich nur wüßte, was! Papa will es nicht sagen! Vielleicht ein Pony? Das ist doch das Schönste, nicht wahr? Ach, nun ist bald Weihnachten! Dann kommt das Christkind und bringt Hasso so viel — Fräulein singt

auch schon immer mit Hasso — kann's aber schon ganz allein; da braucht keiner zu helfen.“ Unermüdligh plauderte so der kleine rote Mund, und voller Wohlgefallen rührten die Blide der beiden auf dem Kinde, das mit den blitzenden dunklen Augen bildhübsch ausah.

„Ach, Du kannst schon singen? Das glaube ich gar nicht“, sagte Strachwitz.

„O ja, nicht wahr, Papa? Raß auf, Onkel, Hasso kann singen!“ Und mit seinem feinen, hellen Kinderstimmchen fing er andächtig an zu singen, indem er die Händchen faltete: „Stille Nacht, heilige Nacht — alles schläft, einsam wacht“ usw.

„O, das ist aber schön, Hasso, das kenne ich noch gar nicht! Nachher mußt Du es noch mal singen, dann bringt auch der Weihnachtsmann recht viel, nicht wahr? Und beten kann Hasso auch?“ sagte Strachwitz — und zu Wolf gewandt — „Wolfsburg, Freund — dieser kleine prächtige Kerl — sollte er es wirklich nicht vermögen, Dir über alles wegzuhelfen? — Ich sollte doch meinen —“

„Trübe schüttelte der Angeredete mit dem Kopfe. „Ueber alles, nein! Dazu liegt zu viel hinter mir! Wenn die Gedanken, die Erinnerungen nicht wären — aber Hasso ist mein Sonnenstrahl, mein Einziges!“ —

„Wann kommt die Mama wieder?“ fragte Hasso.

„Bald, mein Herzblatt!“

„Sie ist aber auch immer fort — Großpapa sagt es auch!“

Es klopfte. Auf das „Herein“ trat das Kinderfräulein ins Zimmer. „Herr Hauptmann, es ist schon sieben Uhr vorüber; Hasso muß zu Bett!“ Wittend sah das Kind seinen Vater an: „Ach, Hasso möchte noch nicht — er möchte noch beim Onkel bleiben, der kann so schön erzählen —“

„Doch, sei gehorsam, mein Junge! Onkel ist morgen

auch noch da! — Aber wie ist's, Fräulein, hat Hasso schon zu Abend gegessen?“

„Ja, Papa, beim Großpapa, und was Feines! Leberwurst!“

„Ach, ist Hasso die so gern?“ fragte Detlev lächelnd.

„Ja, sehr! Aber Mama will es nicht! — te Lassen hat Hasso aber welche gegeben! Wenn H. Fleischer wird dann kann er immer Leberwurst essen.“

„Nun geh aber, Kind! Fräulein wartet! Onkel und ich sagen Dir auch nachher gute Nacht, aber hübsch artig sein, hörst Du?“

„Aber auch wirklich kommen, bitte! Papa muß doch mit Hasso beten!“

„Ja, mein Kind, wir kommen; so gib jedem Händchen!“ —

„Wolf, den Jungen möcht' ich gleich mitnehmen“, rief Strachwitz begeistert aus, „wenn man solch Kind sieht, bekommt man wirklich Lust zum Heiraten!“ —

„Nicht wahr, Strachwitz? Du hast sogar die Pflicht, zu heiraten. Du mußt doch für einen Nachfolger sorgen, damit Birckwald nicht in fremde Hände fällt!“

„Hast recht, alter Freund! Werb' mir die Sache überlegen!“ —

„Wollen wir nun Hasso gute Nacht sagen? Er ist es gewöhnt, daß ich jeden Abend an sein Bettchen trete — das heißt, wenn es Dich nicht langweilt! Meine Frau muß übrigens bald zurückkommen!“

„Aber natürlich, Wolf! Du weißt doch, daß ich Kinder sehr gern habe — und besonders Deinen Jungen, der sich in mein Herz gestohlen hat! Also avant!“ —

Hasso wurde gerade vom Fräulein zugebedt, als die beiden Herren sein Schlafzimmer betraten. Bescheiden entfernte sich das junge Mädchen, da es wohl wußte, daß Wolf gern allein am Bette seines Kindes wollte. Wolf setzte sich zu ihm auf die Bettkante und streichelte ihm

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	4,21 Bia.
1 holländischer Gulden	1697,6 Ma.
1 französischer Franken	224,7 Ma.
1 Schweizer Franken	810,2 Ma.
1 Goldmark	1000,0 Ma.
Reichsindexziffer	1,32 Bi.
Goldumrechnungsjahr für Steuern	1000,0 Ma.

Börsenbericht.

(SGB.) Stuttgart, 14. Jan. Die Stimmung auf der heutigen Börse lag wiederum fest, doch kam die Aufwärtsbewegung zum Stillstand.

Wiederherstellung der Spaterforderungen.

Der Württ. Hypothekengläubiger- und Spaterschulverband Stuttgart veranstaltet am Freitag, den 16. Januar abends 8 Uhr im Gultau Siegle-Haus in Stuttgart eine große öffentliche Versammlung. Der Verband hat als Redner Prof. Dr.

Eustach Wagt von der Handelshochschule Mannheim gewonnen, der über das Thema: Die Wiederherstellung der Spaterforderungen und der Schutz der Kleinaktionäre und Obligationäre als dringendstes Wirtschaftsproblem der Gegenwart sprechen wird.

Schlachtviehmarkt.

(SGB.) Stuttgart, 13. Jan. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 63 Ochsen (unterläuft 3), 8 Bullen, 150 Jungbullen, 143 (12) Jungstiere, 54 Kühe, 568 Kälber, 882 Schweine, 6 Schafe. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 43-48 (letzte Markt: 43-48), 2. 35-40 (unv.), 3. 28-34 (unv.), Bullen 1. 44 bis 46 (47-48), 2. 38-42 (38-41), 3. 33-36 (unv.), Jungstiere 1. 48-54 (unv.), 2. 40-46 (unv.), 3. 30-37 (unv.), Kühe 1. 29-38 (unv.), 2. 17-26 (unv.), 3. 12 bis 18 (unv.), Kälber 1. 71-73 (70-74), 2. 62-68 (63-68), 3. 51-59 (50-59), Schafe 1. 60-66 (58-64), 2. 38-50 (-), Schweine 1. 70-72 (78-80), 2. 64-68 (73-76), 3. 58-62 (67-71), Sauen 52-68 (58-75) Mark. Marktverlauf: mäßig. Einheimische Schweine sind über Notiz gehandelt worden.

Schweinepreise.

In Ergenzingen kostete das Paar Käufer 65-75, Milchschweine bis zu 60 M.; in Riedlingen Milchschweine 48-64 M.; in Tuttlingen 28-52 M. je das Paar.

Fruchtpreise.

Kalen: Weizen 15, Roggen 12,50, Gerste 15, Haber 8,50-13 M.; Ebingen: Haber 8,90-9,20, Gerste 12, Weizen 8,80 M.; Riedlingen: Weizen 11,50, Gerste 14 bis 15,50, Haber 9,20-9,40, Roggen 10,80-11 M. pro Ztr. Ravensburg: Weizen 11,50-14, Dinkel 9,25 bis 10,25, Roggen 10-12, Braugerste 10,50-13, alter Haber 12-12,50, neuer Haber 8,50-10,50, Weizenkleie 7,25, Roggenkleie 7, Weizenstroh 2,50, Haberstroh 2,50 Mark. — Ruedlingen: Weizen 12, Gerste 13,50 Mark. — Reutlingen: Weizen 12-14, Gerste 10-12, Haber 8,50-11,60, Altes Dinkel 9-10 Mark.

Bom Hopfenmarkt.

(SGB.) Eberweiler M. Rottenburg, 14. Jan. Hier wurden Hopfen verkauft zu 250, 290 und 300 Mark pro Ztr., je mit Trinkgeld.

Amtsgericht Calw.

Handelsregisteramt vom 13. Januar 1925 bei der Firma Baumspinnerei Calw, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Ketschen Markung Stammheim: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 27. Dez. 1924 wurde das Stammkapital auf 450.000 Reichsmark umgestellt und § 2 des Gesellschaftsvertrags entsprechend geändert.

Hornberg.



Langholz- Verkauf

Dienstag, den 20. ds. Mts., mittags 1 Uhr bringt die Gemeinde auf dem Rathaus **180 Stück Langholz** mit etwa 135 Fm. im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf. Den 14. Januar 1925.

Gemeinderat.

Weilderstadt.

Der auf kd. Montag, den 19. Jan. fallende **Vieh- u. Schweine-Markt** findet nicht statt. Weilderstadt, den 14. Januar 1925. Stadtschultheißenamt: Schüb.

Landw. Bezirksverein Calw.

Auf Lager ist:

Thomasmehl,	Futtermehl,
Kalifalz,	Futterkalk,
Kainit,	Leinmehl,
Ammoniak,	Seammehl,
Kalkstickstoff,	Weizen, Hafer.

Die Geschäftsstelle.

Reichert.

Auto-Mützen, Jacken, Hauben, Handschuhe. Bekannt für gute Qualität!

Mädchen

das schon gedient und auch etwas kochen kann, wegen Verheiratung des seitherigen Mädchens auf 1. Februar bei zeitgemäßem Lohn und guter Behandlung

Sucht

Frau Alfred Reclam, Nagold
Fernsprecher 101.

Zwergenber.

Verkaufe einen schönen 14 Monate alten



Zuchtstieren

(Schweiz.) Christian Burghard z. „Lamm“.

Hirsau.

Adolf Walker, gem. Waren — Lebensmittel

bei der Brücke empfehle:

Christallzucker Pfd. 37	Allgäuer Stangenkäse ganz reif, Pfd. 90	Wachenheimer Rotwein 1/2 Flasche M. 1.10
Sandzucker Pfd. 39	Romadour (Rahmkäse) Pfd. 1.55	Hambacher Riesling 1/2 Flasche M. 1.15
Würfelzucker Pfd. 42	Echter Emmentaler Pfd. 2.-	Weißer Kernseife Doppelstück 20
5-Pfund-Paket M. 2.05	Mar. Heringe, Kollmops	Seifenpulver-Flocken Schmierseife, Bürstenv.
Prima Kaffee frisch gebrannt, 1/2 Pfd. 90	Gute Linsen Pfd. 35	Sorghobesen von M. 1.55 bis 2.75
Kaffeemischungen	Erbfen Pfd. 30	Staubbesen Roghaar, M. 2.95
Frisch. Schweineschmalz Pfd. 98	Ang. Perlboh. Pfd. 30	Plocker von M. 4.95 an
Schmelzmargarine 3/4 und 98	Weine	Waschbürsten von 28 an
Nußbutter Pfd. 78	feinsten Malaga, alt dunkel 1/2 Flasche M. 2.20	Handbürsten, Nagelbürst.
Kokosfett Tafel 68	Bermouth „Cora“, 1/2 Flasche M. 2.40	Pinsel usw.
Schwan im Blauband feis frisch		
Feinstes Tafelöl Liter M. 1.30 und 1.50		

Forstamt Hirsau. **Schlagung- und Brennholzverkauf.** Am Dienstag, den 20. Jan. 1925, nachm. 4 Uhr im „Löwen“ in Hirsau aus Staatswald-Bedierhardt-Abt. 14 Sänerhäuse im: Ford: 89 Rölller 2 m lg., nicht entindet, 49 Klogh, 135 Brgl., 169 Ausich, 2 birch. Klogh. Losverzeichnisse v. der Forstdirektion G. v. Stuttgart.

Tomaten, Blumenkohl, Meerrettig, Blaukraut, Weißkraut, Wirfing, Gelbe Rüben, Rote Rüben, Sellerieknollen empfiehlt **Chr. Hägele.**

Altburg, den 14. Januar 1925. Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter und Großmutter **Anna Maria Kall** geb. Dittus im Alter von 79 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen. Beerdigung Freitag Mittag 1 Uhr.

Reichert. Collonil-Oel, Gilg's Lederöl früher Marsöl. Unentbehrlich für Touristen und Schneeschuhfahrer! Hält das Schuhleder geschmeidig u. wasserdicht.

Schreibmaschinen G. Köbele, Nagold, Fernsprecher 128.

Strickmaschinen gesucht. Suche 2 Strickmaschinen, 7er und 8er Teilung, 35 und 42-50 cm. Nadelraum, zu kaufen. Angebote mit äußerstem Preis und Angabe des Fabrikats unter A. R. Nr. 10 an die Geschäftsst. erbeten.

Calw. Im Wege der **Zwangs-vollstreckung** versteigere ich am Samstag den 17. ds. Mts., vorm. 10 Uhr vor meiner Kanzlei, Salzgasse 62 gegen bare Bezahlung: ca. 2 Mille Cigarren, sowie einen schönen, dreiflamigen Gaslüfter. Gerichtsvollzieher Dhugemach.

Südd. Rundfunkzeitung, Ausgabe B. mit ausführlichem Programm erscheint wöchentlich und liegt bei mir auf. Abonnements bezugspreis Mk. 1.50 pro Mon. t **BrnstKirchherrCalw** Buchhandlung und Buchbinderei Fernsprecher 155.

Auf 1. April wird eine **anfertige Tochter** aus guter Familie mit erträglicher Handschrift, tünlichst nicht unter 16 Jahren, **gesucht als Lehrmädchen** Gründliche Ausbildung in Buchführung, Korrespondenz, Stenographie u. Maschinenschriften wird gewährleistet. Vorkerkungen mit Handschriftproben unter B. P. 20 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Von 100 Mk. an! **HANS STAMM** Spez. Erbk. Fahrrad- Pneumatisches Zubehör Reparaturwerkstätte Cmaillieren, Vernickeln **CALW**

Der Kaninchenzuchtverein Calw und Umgebung veranstaltet am Samstag, den 17. Jan., abends 7/8 Uhr im Weizschen Saal einen **Familienabend** mit reichhaltigem Programm, verbunden mit Kaninchenessen. Die Mitglieder mit ihren Angehörigen sind freundlich dazu eingeladen. Der Ausguf. NB. Diejenigen Mitglieder, welche noch Gedecke wünschen, können dieselben bis Freitag Abend bei E. Ackermann jun., Konnengasse 135 l., anmelden.

Hotel Adler empfiehlt gutbürgerlichen Mittagstisch im Abonnement Gutes Bier, reine Weine **Carl Schnauffer.**

Reichert. Haarschmuck Calwer Fabrikat Spangen, Stecker, Reifen, Nadeln. Alle Muster in Schiltpatt und Imitation erhältlich!

Büffelhaut Schuhcreme. Stets seinen Glanz mit wenig Mühe gibt „Büffelhaut“ drum kaufe sie.

Birken-reisigbesen kauft jed. Quantum **R. Hauber.**

1925 Neue **Wandkalender** das Stück zu 10 Pfg. sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes erhältlich.

1925 Corsetten, Hüftengürtel, Reformkleidchen, Büstenhalter, Hygia-Binden, Strümpfe, Socken **Emille Herlon, Calw.**